



Leidige
Vorstellung:
öffentlicher
Dienst durch
Arbeitslose

Irrtum um Freiwilligenarbeit

Von Peter Gross • Ulrich Becks Vision einer Aufwertung der Bürgerarbeit ist eine Kopie jahrzehntealter Vorschläge – gefragt wäre stattdessen ein konstruktiver Umgang mit den bestehenden neuen Arbeitsformen

In William Gaddis' Roman «Die Fälschung der Welt» wird behauptet, dass nur Gott Originalität zustehen und Kopieren der einzig mögliche Weg der Vollenendung darstelle. Wer die aktuelle Debatte um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft verfolgt, erhält den Eindruck, diese These habe eine reiche Anhängerschaft. Seit Jahren propagiert Hans Ruh einen zweiten, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit Dienstpflichten. Im neuen Bericht an den Club of Rome wird diese angebliche Innovation gar als «erste Schicht» von Arbeit aufgespreizt. Jetzt lässt sich auch Ulrich Beck mit Vorschlägen zur Errettung der Arbeitswelt in der «Weltwoche» vernahmen, aufbauend auf dem kürzlich erschienenen Report «Schöne neue Arbeitswelt». Nach Abzug der farbenprächtigen Illuminierung versteckt sich unter dem militärisch klingenden Begriff «Bürgerarbeit» im Kern einmal mehr und leider die Vorstellung einer Indienstnahme der Arbeitslosen und Armen.

Keine Zwangsverpflichtung

Becks angeblich neue Idee lässt sich seit fast einem Jahrhundert in den einschlägigen Schriften nachlesen. Schon nach dem Ersten Weltkrieg wurde eine vehemente Diskussion über freiwillige und obligatorische Sozial- und Arbeitsdienste geführt. Die Literatur dazu in den siebziger und achtziger Jahren ist von den Grünen bis in die

Amtsstuben der CDU hinein endlos. Ihre Propagandisten (etwa Joseph Huber) sind unterdessen in der universitären Versenkung verschwunden. Dass sich jene, deren Arbeitszeit verkürzt wird, oder jene, die keine Arbeit haben, in derartigen Systemen organisieren lassen (und das ist der springende Punkt), ist nicht anzunehmen. Aller Erfahrung nach wird in neuen Freizeiten mit Recht versucht, zusätzliche Erwerbstätigkeiten anzunehmen oder vorzubereiten. Und es ist aller Erfahrung nach nicht darauf zu bauen, dass die freigesetzten Männer und Frauen sich im vom Staat ausgetüftelte Gefäße dienstverpflichten lassen – um sich damit Anrechte auf Leistungen zu verdienen.

Jede Neuerfindung von entsprechenden Institutionen müsste, statt die alten etatistischen Figuren zu tanzen, von der ja andernorts von Beck mit Herzblut propagierten Leitfigur des autonomen, mündigen Menschen ausgehen. Einem «vertragsunwilligen Bastard», wie sich ein desillusionierter Gewerkschaftsboss kürzlich ausdrückt hat! Ordnungspolitisch verträglich erschiene dann eigentlich nur ein staatlich garantiertes, vorleistungsunabhängiges Existenzminimum oder Grundeinkommen, was immer die Bezüger damit anstellen, und wie immer dieses im einzelnen ausgestaltet wird. Entkoppelt von der Erwerbstätigkeit, würde es jenen zukommen, die keinen Platz mehr in der Erwerbswirtschaft finden oder nie einen gefunden haben. Ihnen Bürgerarbeit für das Arbeitslosengeld zu verordnen, würde ihr Elend steigern. Ein von allen Leistungspflichtigen entkoppeltes Bürgergehalt wäre nicht nur ordnungspolitisch sinnvoll. Gegenüber der amtlichen und gemeinwohlunternehmerischen Bürokratie mit ihren Bürgergeld abrechnenden «Ausschüssen» wäre dieses elegant, transparent und mit minimalem Verwaltungsaufwand verbunden.

Darüber hinaus ist keineswegs gesagt, dass in staatlich organisierten Entsorgungstrüppen oder einem von einer Obdachlosenscrew geführten, selbst organisierten Feinschmeckerlokal (so

Der Dritte Weg (IV)

Bürgerarbeit?

- Die neue Sozialdemokratie um Tony Blair sucht einen Dritten Weg – zwischen Wildwuchs-Kapitalismus und Fürsorge-Staat. Sie postuliert, dass mit Eingriffen eines verschlankten Staates und mehr Selbstverantwortung Wohlstand, Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit erreicht werden können. Ist der Dritte Weg Irrweg oder Ausweg? Eine Debatte in loser Folge.

ein Beckssches Beispiel) jenes wärmen-de Feuer brennt, das das Leben erst lebenswert macht. Die überkommenen, verlässlichen Gefässe sozialer Zuwendung lösen sich zwar im Säurebad der Moderne auf. Sinkende Geburtenraten lassen verwandtschaftliche Hilfesysteme vollends zusammenbrechen. Unsere Kinder wissen schon gar nicht mehr, was Onkel und Tanten sind. Also gilt es, Wahlverwandtschaften aufzubauen und virtuelle Netzwerke zu pflegen, in denen sich Geistes- und Herzensverwandte Treue schwören. Die Ärmsten der Armen sind jene, die nicht oder nicht mehr in der Lage sind, um einen Begriff von Pierre Bourdieu zu verwenden, «soziales» Kapital, das heisst Beziehungskapital, zu akkumulieren. Die «Risikogemeinschaften», von denen Beck spricht, zwingen Menschen zusammen. Netzwerke hingegen sind, wie es dem autonomen Menschen der Moderne entspricht, Wahlgemeinschaften. Der autonome Bürger der Neuzeit muss Netzwerke erfinden, nicht Käfige für Sozialuntertanen.

Der Vorschlag der Bürgerarbeit krankt ausserdem daran, dass er (typisch für die zeitgenössische Soziologie) Unternehmen und Management furchtsam ausblendet, wenn «Dritte Wege» gesucht werden. Es ist unverzeihlich, dass ihnen keine andere Rol-

le zugestanden wird, als die der mutwilligen Vertragsbrecher und Deregulierer. Nachdem Manager und Unternehmer, und dazu zähle ich auch die Klein- und Mikrounternehmer bis hin zu Einmannbetrieben, heute eine Art gnostische Elite darstellen, die als Mikroakteure der Globalisierung die Weltwirtschaft vorantreiben, ist nicht das transnationale Spiel von ihnen zu lernen (Beck), sondern sind die Unternehmen in die Gestaltung erwerbswirtschaftlicher Zukunft selbst einzubinden. Und zwar nicht nur als «Gemeinwohlunternehmer».

Denn in der postnationalen Bürgergesellschaft kommt dem Management der Unternehmen und den Unternehmern (auch den Kapitaleignern!) eine, wenn nicht die tragende, Rolle zu. Sie ausblenden, hiesse, alle Modelle und Neuerfindungen von Arbeit in den Sand zu setzen. Die nationalen Regierungen, die sich (nach Beck) in transnationale Akteure verwandeln sollen, sind zu schwach. Sie weilen in aller Regel vor ihrer Amtszeit nur zu Ferien im Ausland und sassen ansonsten, als monogame Arbeiter, vollzeitig in ihren Amtsstuben. Wenn die Bürgerinitiativen ihre Macht schon ausbauen sollen, «indem sie es den Konzernen gleichtun» (Beck), dann stützt man sich besser auch auf die Konzerne und Unternehmen selber und überlegt sich, wie ein neuer «New Deal» zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen aussehen könnte.

Die plurale Erwerbsarbeit, dieses – wie es Beck nennt – entstandardisierte und fragmentierte «Unterbeschäftigungssystem» mit hochflexiblen, deregulierten Einsatzformen von Erwerbsarbeit, ist keineswegs ein Weg ins Verderben. Im Gegenteil. Der Ersatz von Normarbeit durch andere Arbeitsformen mit vielfältigen Tätigkeitsfeldern und Aufgaben lässt sich vielmehr als spontane neue Regulierung der Arbeitswelt durch die Erwerbstätigen selber deuten. In einer Situation, wo die Unternehmen ausserstande sind, Arbeitsplätze auf Lebenszeit zu garantieren, und wo sich die Jugendlichen fragen müssen, ob es den Beruf, wenn sie ins Erwerbsleben einsteigen, überhaupt noch gibt, gilt es Abschied zu nehmen von der Vorstellung der monogamen Arbeit. Den Beruf fürs Leben und die lebensläng-

liche, der Ausbildung entsprechende Vollzeitstelle in einem Unternehmen gibt es nicht mehr.

Während die Unternehmen sich durch ein klug diversifiziertes Portfolio von revidierbaren Geschäftsfeldern gegen ungewisse Zukünfte wappnen, fehlt eine komplementäre Neudefinition von Arbeit und Beruf. Auch in den Beckschen Vorschlägen. Die überkommene (monogame) Vorstellung hält sich auf hartnäckige und konservative Weise. Befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeit auf Abruf, Hilfs- und Gelegenheitsarbeit, zeit- und ortsungebundene Arbeit sowie neuartige selbständige oder quasi selbständige Beschäftigungsformen werden als Risiken und nicht als Chancen eingestuft. Chancen haben indes in Zukunft gerade jene Erwerbstätigen, die alte Vorstellungen über Bord werfen. Im Zentrum der künftigen Erwerbslandschaft steht vermutlich ein Arbeitsunternehmer oder ein «Portfolioworker», der vielfältige Kompetenzen in unterschiedlicher Art und Weise und in verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarktes einzubringen versteht.

Die Makel des Originals

In einer Art zwischenbetrieblichem Job-Sharing bilden diese den sozialen Kitt zwischen den Unternehmen, die früher oder später ihre Corporate Identity durch eine «Intercompany Identity» ersetzt sähen.

Kurz und gut: Der Vorschlag der Bürgerarbeit wird, auch wenn er unter neuen Titeln alle Jahre wieder reanimiert wird, nicht besser. Jene Bürgergesellschaft, von der bei Ulrich Beck so messianisch die Rede ist, muss sich selber formieren, ohne etatistischen Druck und ohne populistische Versprechungen über in der Bürgerarbeit zu gewinnende Kompetenzen und Herzenswärme. Und zwar eine Bürgergesellschaft, die nicht zweigeteilt ist in mit Schaufeln und Bahnen bewaffnete Sozialuntertanen und am Boden- oder Starnbergersee gettoisierte Damen und Herren. Und die Bürgerarbeit selber wird sich, sofern sich die Bürger hierzulande durch apokalyptische Abmahnungen über die Zukunft der Welt und der Arbeit überhaupt provozieren und disziplinieren lassen, allenfalls als normal geregelter Staats- oder unterbezahlter Solddienst zu verwirklichen sein. So wie die übrigen schweizerischen Milizsysteme auch.

Der Kopist ist, dem oben genannten Roman von Gaddis zufolge, dann vollkommen, wenn er die Makel des Originals, im Wissen darum, mitkopiert. Wären die schon lange bekannten Schwächen und Probleme des nun zum x-ten Mal aufgewärmten Vorschlags in den kopierten Visionen benannt, vielleicht, ja vielleicht hätte sich sogar statt einer Polemik eine produktive Diskussion entwickelt. Doch was nicht ist, kann noch werden.

• Peter Gross

ist Professor für Soziologie an der Universität St.Gallen. Zum Thema veröffentlichte er auch «Abschied von der monogamen Arbeit» (gdi-impuls 3795) und «Jobholder-Value und Portfolio-Work. Die Neuerfindung der Arbeit» (in: Geiser, Thomas, Hrsg., Arbeit in der Schweiz des 20. Jahrhunderts, Bern 1998). Gross' neuer Beitrag ist eine Antwort auf das Interview mit dem deutschen Soziologen Ulrich Beck («Wirtun, als sei Arbeit ein Naturgesetz», Weltwoche Nr. 32/99).

Die Schweiz im 20. Jahrhundert

In 100 Ansichten

Eine Serie von
Markus Kutter und
André Salvisberg

Jeden Montag in der
Basler Zeitung